

ROTE ANNELIESE

Die kritische Stimme des Oberwallis

Philosophie:

Zygmunt Bauman



Zygmunt Bauman war bis zum Ende seines Lebens ein überzeugter Sozialist. Er hat die Konsumgesellschaft, die positiven und negativen Auswirkungen der Globalisierung sowie die Flüchtlingsproblematik und ihre Ausgrenzungsmechanismen analysiert und beschrieben.

Seite > 10/11

Wasserzinsen:

Angriff der Wasserkraftlobby auf die Bergkantone

Seite > 3-5



Venezuela:

Das Erbe von Simón Bolívar

Seite > 12/13



Der «Mafia-Boss» aus Brig:

Von der Schweiz ausgeliefert – Tortur in Italien

Seite > 6-8



Jodlerfest:

Von Gewinnern und Verlierern

Seite > 16

Für die Pressefreiheit: Immer und überall!



Liebe Leserinnen, liebe Leser

Pressefreiheit ist ein wertvolles Gut. In einer Demokratie nimmt sie eine wichtige Kontrollfunktion ein, nicht umsonst werden die Medien auch die Vierte Gewalt genannt. Wo Legislative, Exekutive und Judikative versagen, ist es die Aufgabe der Medien, diese Missstände aufzudecken und in die Öffentlichkeit zu tragen. Denn ohne Medien fehlt oftmals die Kontrolle.

Gerade wird in der Türkei versucht, diese Kontrollfunktion der Medien mit allen Mitteln auszuhebeln. Nach dem Putschversuch im Sommer 2016 wurden hunderte JournalistInnen verhaftet. Kritische Medien wurden entweder ganz geschlossen oder auf Regierungslinie gebracht. Momentan sitzen in der Türkei rund 49 Medienschaffende in Haft, die Türkei nimmt damit die einsame Spitzenposition in dieser Rangliste ein. Und auch diese Zahl ist wohl noch viel zu tief angesetzt, denn in Tat und Wahrheit stehen viel mehr Verhaftungen im Zusammenhang mit journalistischen Tätigkeiten.

Einer der in der Türkei Inhaftierten, ist auch der deutsch-türkische Journalist Denis Yücel. Seit Februar sitzt Yücel, der früher unter anderem für die linke TAZ schrieb, in türkischen Gefängnissen. Mit dem Vorwurf, terroristische Propaganda zu betreiben, wird Yücel, wie so viele andere JournalistInnen in der Türkei, mundtot gemacht. Wir haben das zum Anlass genommen, sein aus dem Jahr 2014 stammendes Buch, welches anlässlich

seiner Verhaftung neu aufgelegt wurde, in dieser Ausgabe zu besprechen. Sie finden die entsprechende Buchkritik auf Seite 14.

Weitaus weniger gravierend sind die Zustände in der Schweiz. Auf der Rangliste der Pressefreiheit findet sich die Schweiz auf dem beachtlichen siebten Rang wieder. Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch hierzulande noch Nachholbedarf gibt. Immer wieder müssen JournalistInnen vor Gericht ziehen, um die Herausgabe von Informationen zu erwirken, auf die sie eigentlich Zugang haben müssten.

Auch die Rote Anneliese beisst nur zu oft auf Granit, wenn sie Behörden kritische Fragen stellt. Antworten gibt es oft nur lapidar, manchmal bleiben sie gar ganz aus. Dabei hat der Kanton Wallis seit 2011 ein Öffentlichkeitsgesetz, welches den Zugang zu amtlichen Dokumenten für JournalistInnen, aber auch für ganz normale BürgerInnen, klar regelt. Das scheint jedoch immer noch nicht bei allen Behörden angekommen zu sein. Und so bleibt oftmals nur der komplizierte Weg mit anwaltlichem Schreiben oder einer Beschwerde beim Datenschutzbeauftragten. Eine ziemlich mühselige und umständliche Art und Weise, um an Informationen zu gelangen, auf die man eigentlich Anrecht hat. Wir versprechen jedoch, weiterhin alles dafür zu tun, das, was uns anscheinend vorenthalten werden soll, ans Licht zu bringen.

Martin Germann

Inhalt

Wasserzinsen:
Die mächtige Wasserkraftlobby **3-5**

Fortunato M.:
Eine Krankheitsgeschichte aus dem italienischen Knast **6-8**

Dies & Das:
Dicke Eier **9**



Philosophie:
Zygmunt Bauman **10/11**

Venezuela:
Das Erbe von Simón Bolívar **12/13**

Buchtipps & Ein anderer Blickwinkel:
Mit Kaffeetassen gegen die Drogenkriminalität **14**

Agenda:
Der Veranstaltungskalender der RA **15**

Jodlerfest:
Von Gewinnern und Verlierern **16**

Wasserzinsen:

Angriff der Wasserkraftlobby

Wallis | Mit der geplanten Änderung des Wasserkraftgesetzes geraten die Wasserzinsen stark unter Druck. Dabei sind sie für viele Walliser Berggemeinden existenziell. Doch die Wasserkraftlobby hat gute Arbeit geleistet. Auch Walliser C-PolitikerInnen stehen in deren Diensten.

Martin Germann

Begonnen hatte der Angriff auf die Wasserzinsen bereits im August 2014. Zeitlich war die Attacke gut gewählt, denn die Regelung über die Wasserzinsen im Wasserrechtsgesetz ist bis Ende 2019 befristet. Entsprechend forderte die damalige Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie mittels Motion die Wasserzinsregelung anzupassen. Konkret sollte ab 2020 für die nächsten zehn Jahre der Wasserzins reduziert oder gar gänzlich darauf verzichtet werden. Schliesslich wurde die Motion am 2. März 2016 angenommen. Als Folge davon eröffnete der Bundesrat am 22. Juni die Vernehmlassung zur Revision des Wasserrechtsgesetzes.

Zu Reden gibt im Vernehmlassungspapier über die Wasserzinsen in erster Linie ein Artikel: Dieser fordert, dass der Wasserzins auf ein Maximum von jährlich 80 Franken pro Kilowatt Bruttoleistung gesenkt wird. Konkret bedeutet das eine Senkung von rund 30 Franken, die sich allerdings gehörig gewaschen hat. Denn alleine im Kanton Wallis würde dies zu 44 Millionen Franken Mindereinnahmen führen. Schweizweit hätte die neue Regelung rund 150 Millionen Franken Mindereinnahmen für die Konzessionsgemeinden und Kantone zur Folge. Die Senkung ist zusätzlich bis 2022 beschränkt. Nach dieser Übergangsfrist könnte der komplette Kahlschlag folgen. Denn längerfristig strebt der Bundesrat eine Flexibilisierung des Wasserzinses an. Es droht eine Senkung auf bis zu 50 Franken pro Kilowatt Bruttoleistung. Die finanziellen Folgen für die Bergkantone und deren Gemeinden wären massiv.

Weniger Beachtung wurde bisher hingegen einer weiteren Änderung beim Wassergesetz geschenkt. So sollen beim Bau von neuen Wasser-



Medienkonferenz der Interessengemeinschaft Bündner Konzessionsgemeinden am 12. Juni in Chur: Mit dabei war auch SP-Grossrat Gilbert Truffer.

kraftwerken für die nächsten zehn Jahre gar keine Wasserzinsen mehr erhoben werden. Gleiches gilt für Kraftwerke, welche erneuert oder «erheblich erweitert» werden. Auch für sie würde die Zahlung der Wasserzinsen für die nächsten zehn Jahre wegfallen. Im konkreten Fall bedeutet dies, dass ein Wasserkraftwerk, welches saniert oder erneuert wird, während den nächsten zehn Jahren keine Wasserzinsen mehr zu entrichten hätte.

Wasserkraft ist rentabler als behauptet wird

Dass der Druck auf die Wasserzinsen steigt, ist in erster Linie auf die Kampagne der Betreiber von Wasserkraftwerken zurückzuführen. Immer wieder beklagten diese sowohl auf medialer wie auch politischer Ebene die angeblich mangelnde Rentabilität der eigenen Kraftwerke. Entsprechend

laut ist jeweils auch die Forderung nach mehr staatlichen Zuschüssen für die Wasserkraftwerke.

Tatsache ist jedoch, dass die Wasserkraft um einiges rentabler ist, als einem die Betreiber vielfach glauben machen wollen. Von einem defizitären Geschäft kann erst Recht keine Rede sein. So kommt ein Bericht der Enerprice Partners AG von verganginem Jahr zum Schluss, dass die Situation weit weniger schlimm ist, als es einem die Betreiber weismachen wollen. Alle untersuchten Firmen erzielten einen Gewinn. Entsprechend heisst es im Fazit: «Viele schweizerische Wasserkraftwerke können auch bei heutigen Strommarktpreisen noch gewinnbringend arbeiten.» Ein flächendeckender Subventionierungsbedarf, wie teilweise gefordert, kann die Enerprice Partners AG beim besten Willen nicht erkennen.

Auch wenn der Bericht der Enerprice Partners AG den GegnerInnen einer Senkung der Wasserzinsen, oder gar einer Abschaffung deren, erst einmal Recht gibt, ist dieser dennoch mit Vorsicht zu betrachten. Denn die Geschäftsdaten der Wasserkraftwerke sind meistens nicht frei zugänglich. Deshalb wurden lediglich die Zahlen von rund sieben verschiedenen Firmen betrachtet, auch wenn diese, laut den VerfasserInnen, einen relativ guten Querschnitt durch die gesamte Schweizer Wasserkraft abgeben.

Gutachten wird unter Verschluss gehalten

Das Problem also bleibt, dass die Betreiberfirmen der Wasserkraftwerke ihre Zahlen kaum offen kommunizieren. Entsprechend schwierig gestaltet sich der Versuch, tatsächlich einen Überblick über die Rentabilität der Wasserkraft zu schaffen. Abhilfe

ROTE ANNELIESE

Die kritische Stimme des Oberwallis

IMPRESSUM

HERAUSGEBER Verein Rote Anneliese
Postfach 441
3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
rote.anneliese@rhone.ch

INTERNET www.roteanneliese.ch

FACEBOOK facebook.com/rote.anneliese

REDAKTOR

Martin Germann

MITARBEITENDE

Hilar Eggel, David Gundi,
Frank Garbely, Sarah
Heinzmann, Michael
Näpfl

DRUCK

s+z:gutzumdruck
3902 Brig-Glis



Wo Feuer ist,
da ist auch Rauch!

Haben Sie etwas gehört oder gesehen?
Melden Sie sich bei der RA.

rote.anneliese@rhone.ch

Informationen werden vertraulich behandelt.

Wasserzinsen

könnte hier ein bisher unveröffentlichtes Gutachten der Firma BHP Hanser und Partner AG schaffen. Dieses hat sich ausführlich mit den Gestehungskosten der Wasserkraft auseinandergesetzt. Erschienen ist das Gutachten bereit am 14. September 2016, zumindest laut Datum in der Fusszeile eines geleakten Dokuments. Über den Inhalt des Gutachtens erfuhr die Öffentlichkeit bisher jedoch nichts.

Das rund einseitige Dokument, welches nun geleakt wurde, umfasst die vier Hauptergebnisse der Studie jedoch komplett. Diese lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Produktionskosten der Wasserkraft veränderten sich in den letzten fünfzehn Jahren kaum. Eine Erhöhung der Wasserzinsen wurde durch eine Entlastung der Zinsseite ausgeglichen.
- Die Wasserkraft war in den letzten fünfzehn Jahren immer gewinnbringend. Der Reingewinn lag 2015 bei 2.0 Rappen pro Kilowattstunde.
- Durch die Flexibilität der Produktion der Wasserkraft entsteht eine höhere Wertigkeit dieser. Somit ist Wasserkraft aufgrund der Wertigkeit auch rentabler als andere Energiequellen.

Die Reingewinne der Elektrizitätswerke sind in den letzten fünfzehn Jahren deutlich angestiegen. Entsprechend hoch waren auch die ausgeschütteten Dividenden.

Im letzten Punkt geht das Gutachten auch konkret auf die Wasserzinsen ein. Entsprechend der Gewinne der Branche in den letzten fünfzehn Jahren seien es in erster Linie die Eigentümerkantone, welche mittels Dividenden von der Wasserkraft profitiert hätten, viel mehr als die Wasserkraftkantone via Wasserzinsen. Und schlussendlich folgert die Studie: Die Produktionskosten pro Kilowattstunde sind in den letzten fünfzehn Jahren trotz Erhöhung der Wasserzinsen und hoher Investitionstätigkeit konstant geblieben.

Beide Gutachten bescheinigen der Wasserkraft also weiterhin gute Gewinne und machen damit eigentlich eine Senkung oder gar Abschaffung der Wasserzinsen gegenstandslos. Entsprechend erstaunlich ist es, dass das Gutachten der BHP Hanser und Partner AG bis heute unter Verschluss gehalten wird. Das Öffentlichkeitsgesetz schreibt eigentlich klar vor, welche Informationen für die Öffentlichkeit und Medienschaffende zugänglich sind. Entsprechend ersuchte die Rote Anneliese bei Staatsrat Roberto Schmid, gestützt auf das kantonale

Gesetz über die Information der Öffentlichkeit, den Datenschutz und die Archivierung (GIDA), eine Kopie der gesamten Studie. Was folgte war über Wochen eisiges Schweigen. Schlussendlich meldete sich Staatsrat Roberto Schmid und erklärte gegenüber der Rote Anneliese, dass die Studie von der Regierungskonferenz der Gebirgskantone und nicht vom Kanton Wallis in Auftrag gegeben wurde, weshalb kein Einblick gewährt werden könne. Laut seines Wissens, so Schmid weiter, handle

es sich bei der Studie noch um einen Entwurf, der noch bearbeitet werden müsse und deshalb noch nicht öffentlich sei.

Bekannte Walliser Lethargie
Während im zweiten Wasserschloss der Schweiz, dem Kanton Graubünden, die Interessensgemeinschaft Bündner Konzessionsgemeinden (IBK) bereits den Widerstand gegen den Abbau der Wasserzinsen formiert, bleibt es im Wallis bisher ruhig. Einzig von der SP Oberwallis, deren Suppleant Gilbert Truffer auch an einer Medienkonferenz der IPK teilnahm, gab es bisher den Versuch, das Thema auf das politische Parkett zu bringen. Derweil scheint CSPO-Staatsrat Roberto Schmid alles zu tun, um ein Gutachten, welches eigentlich die Interessen der Walliser Konzessionsgemeinden stärken würde, unter Verschluss zu halten.

Es lässt sich teilweise nur erahnen, welche Interessen hinter den offensichtlichen Verschleierungstaktiken stecken. In einigen Fällen sind sie jedoch ganz konkret. So sitzt etwa CVP-Ständerat Jean-René Fournier gleich in zwei Verwaltungsräten von Wasserkraftgesellschaften, in jenem der Grande Dixence AG und der Kraftwerke Gougra AG. Allgemein sind CVP-PolitikerInnen in den Verwaltungsräten der Wasserkraftbetreiber gut vertreten. So sitzt neben der CVP-Nationalrätin Viola Amherd auch der



Ständerat Jean-René Fournier: Sitzt gleich in zwei Verwaltungsräten von Wasserkraftgesellschaften.

Visper CVP-Gemeindepräsident Niklaus Furger im Verwaltungsrat der EnAlpin AG. Zur Erinnerung: Die EnAlpin Ag betreibt an rund 23 Standorten im Wallis Wasserkraftwerke. Hinzu kommen weitere Beteiligung in der restlichen Schweiz.

Es scheint fraglich, wie viel Interesse die CVP-ParlamentarierInnen in Bundesbern tatsächlich an einer Verteidigung der Wasserzinsen haben. Immerhin würden sie dadurch diametral den Interessen der Unternehmen widersprechen, in deren Verwaltungsräten sie sitzen. Das Lobbying der Wasserkraftbetreiber scheint bei einigen Walliser PolitikerInnen also gewirkt zu haben. Für die Beibehaltung des Wasserzinses bei 110 Fr./kWh macht sich der für Staatsrat Roberto Schmid nachgerückte Thomas Egger stark. Eine Senkung der Wasserzinsen wie vom Bundesrat vorgeschlagen, komme für ihn als Nationalrat nicht in Frage. Das Gutachten der BHP Hanser und Partner AG sei ihm bekannt, warum sein Parteikollege dieses unter Verschluss halte, kommentierte er der RA gegenüber jedoch nicht.

Alternatives Modell liegt vor
Während sich der Walliser Staatsrat weiterhin zurückhält und in Schвейgen hüllt, ebenso die Walliser ParlamentarierInnen in Bundesbern,

hat der ehemaligen SP-Nationalrat Rudolf Rechsteiner im Auftrag der Interessengemeinschaft Bündner Konzessionsgemeinden einen Vorschlag erarbeitet, wie die Wasserzinsen neu geregelt werden könnten. Ohne dass es zu einer Leistungsschmälerung für die Konzessionsgemeinden kommen würde.

Rechsteiner, der heute ein Beratungsbüro für unter anderem Energiepolitik leitet, sieht heute insbesondere ein Problem bei den fehlenden Energiereserven, welche die Versorgungssicherheit der Schweiz gefährden können. Dadurch, dass die Schweizer Energiekonzerne ihre Stromproduktion unter anderem an den internationalen Strompreis anpassen, drohte in der Vergangenheit aufgrund entleerter Speicherseen bereits mehrmals ein Versorgungsengpass. Entsprechend verlangt Rechsteiner in seinem Modell eine gesetzliche Anpassung, damit die Energieversorgung jederzeit garantiert werden kann. Bisher ist dies nur ungenügend geregelt.

Die Zukunft der Wasserzinsen bleibt im Ungewissen
Gerade die in der Schweizer Wasserkraft vorhandenen Speicherseen können dabei helfen, eine solche strategische Reserve zu bilden. Deshalb fordert Rechsteiner in seinem



Rudolf Rechsteiner: entwarf für die Interessensgemeinschaft Bündner Konzessionsgemeinden ein neues Modell für die Verteilung der Wasserzinsen.

Modell mehr Kompetenzen für den Netzbetreiber Swissgrid. Für die strategische Reserve sollen die Betreibergesellschaften eine entsprechende Abgeltung erhalten, diese soll mit der Zahlung der Wasserzinsen an die Standortkantone zweckgebunden werden. Mit diesem Modell werden die Wasserzinsen zwar ebenfalls halbiert, jedoch durch eine Entschädigung für die Speicherkraftwerke ausgeglichen. Laut den Berechnungen von Rechsteiner wäre der Betrag an die Konzessionsgemeinden weiterhin gleich hoch wie bisher.

Ob das von Rudolf Rechsteiner erarbeitete Modell nun in die Überlegungen der Parteien bei der Vernehmlassung des Wasserkraftgesetzes einfließen wird, steht jedoch in den Sternen. Die Lobby der Wasserkraftbetreiber ist deutlich stärker als jene der Wasserkraftkantone.

Es bleibt zu hoffen, dass sich wenigstens die Walliser BundesparlamentarierInnen, trotz ihrer Interessenskonflikte, voll und ganz für die Verteidigung der Wasserzinsen einsetzen werden.

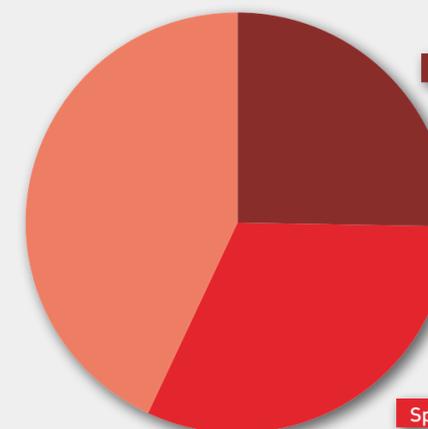


Viola Amherd und Niklaus Furger: Die beiden CVP-PolitikerInnen sahen im Verwaltungsrat der EnAlpin AG Geld ab.

Neue Struktur der Entschädigung

Neue Struktur der Entschädigung
(Angaben in Millionen Franken)

Pflichtspeicherentschädigung 237



Das Modell von Rudolf Rechsteiner sieht eine veränderte Form der Abgabe der Wasserzinsen vor: Zwar sollen die Wasserzinsen um die Hälfte gekürzt werden. Dies wird jedoch durch 237 Millionen Franken aus der Pflichtspeicherentschädigung ausgeglichen.

Der «Mafia-Boss» aus Brig:

Von der Schweiz ausgeliefert – Tortur in Italien

Brig/Parma | Der «Mafia-Boss aus Brig» schwebt im Gefängnis von Parma in Lebensgefahr. Nötige Spitalbehandlungen wurden ihm mehrmals verweigert. Die italienischen Behörden feierten die Verhaftung des damals 53-jährigen, der in Brig 34 Jahre lang als Flachmaler gearbeitet hatte, als Erfolg im Kampf gegen die Mafia. Der in den Sechzigerjahren aus Kalabrien eingewanderte Fortunato M. soll Boss der «Ndrangheta» gewesen sein und zwei Morde begangen haben. In der Schweiz wurden alle laufenden Verfahren eingestellt, doch lieferten ihn die Schweizer Behörden trotz dürftiger Beweislage im Jahr 2010 schliesslich nach Italien aus. Dort war er im Jahr 2004 nicht wegen Mordes, sondern wegen angeblicher Mitgliedschaft in der kriminellen «Ndrangheta» und wegen angeblichen Handels mit Waffen und Sprengstoff zu elf Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Frank Garbely

Brig, 26. Oktober 2006. Ein Donnerstag.

Es war kurz vor sieben Uhr in der Früh als sie ihn holten. Ganz unspektakulär, ohne Blaulicht und Sirene, nicht einmal Handschellen legten sie ihm an: Fortunato M., 53, angelernter Flachmaler, Italiener mit Permis C, verheiratet, Vater von drei Töchtern. Er wollte eben seinen Wagen aus der Garage holen, um zur Arbeit zu fahren. Plötzlich war er umstellt von einem Dutzend Männern, Polizisten in Zivil. Sie brachten ihn zurück in seine Wohnung. Dort zeigte ihm Untersuchungsrichter Jo Pitteloud den Haftbefehl undklärte ihn auf, dass Italien seine Auslieferung verlange, damit er endlich eine Zuchthausstrafe aus dem Jahre 2004 absitze. Damals war er zu elf Jahren verurteilt worden – wegen Handels mit Waffen und Sprengstoff sowie Zugehörigkeit

zu einer kriminellen Vereinigung. Kaum war die Polizei weg, rief auch schon der erste Journalist an. Der Nachrichten-Flash von Radio Rottu Oberwallis (RRO) traf Suzanne wie ein Blitzschlag: «MAFIABOSS IN BRIG VERHAFTET». Vor dem Haus tauchten Reporter auf, einer schoss das Foto, das am nächsten Tag im Blick stand. Es zeigte die Fassade des Wohnhauses mit einem dicken Pfeil zu den Fenstern im ersten Stock: das Versteck des Mafiabosses. Im Oberwallis schlug die Nachricht von Fortunatos Verhaftung wie eine Bombe ein. «Unglaublich, nicht einmal im Traum hätte ich mir das vorstellen können: Ein so friedliches Städtchen – und auf einmal das», sprach ganz verdattert ein Mann ins Mikrofon eines RRO-Reporters, der in der Briger Bahnhofstrasse erste Reaktionen einholte.

Aber: Wer in Brig den als Mafia-Boss abgeführten Fortunato M. persönlich gekannt hat, der rieb sich verwundert die Augen. Was die italienische Justiz ihm vorwarf, nämlich ein gefährlicher Mafiagangster zu sein, konnte sich keiner der Handwerker Kollegen vorstellen. Im Gegenteil, wer mit ihm zu tun hatte, erlebte ihn als ganz tollen Kerl. Er war sehr beliebt, hilfsbereit und über die Massen fleissig. «Fortunato ein Mafiaboss, ich lach mich tot, nein, dann bin ich die Königin von England», lacht Reinhard Jossen, ein bekannter Oberwalliser Malermeister. Er kennt Fortunato als früheren Arbeitskollegen und von gemeinsamen Baustellen. «Über Fortunato gibt es nur Gutes zu berichten, im ganzen Städtchen werden sie nicht ein böses Wort über ihn zu hören kriegen», versichert der heute pensionierte Malermeister.

Inzwischen hatte der Sittener Untersuchungsrichter Jo Pitteloud gegenüber der Nachrichtenagentur SDA die Verhaftung bestätigt und präzisiert: «Die Festnahme wurde gemeinsam von Beamten der Polizei der Region Reggio Calabria und der Schweizer Bundespolizei durchgeführt». «Plötzlich war sogar die Rede von Doppelmord», erinnert sich Jolanda, Suzannes Schwester. Bis Mittag wurde die Nachricht von Fortunatos Verhaftung von allen Agenturen, Radiostationen und Online-Zeitungen verbreitet. Die aufregendsten Details stammten von italienischen Journalisten, denen ihre Schweizer Kollegen munter abschrieben. Tagelang hielt das mediale Trommelfeuer an. Suzanne M. war wie betäubt, traute sich kaum mehr aus dem Haus. Von allen Seiten prasselten Mafia-Vorwürfe auf sie nieder: Mafia-



Alt-Roghudi, heute ein Geisterdorf: In diesem Dorf in den Bergen des Aspromonte, Kalabrien, ist Fortunato M. aufgewachsen.

Bildquelle: Frank Garbely

Boss – Doppelmord – Doppelmord – Mafia-Boss... Nur gerade ein einziger Zeitungsartikel aus der ganzen Flut von Depeschen, Breaknews, Polizeimeldungen und Reportagen setzte ein Fragezeichen. Kolumnist Peter Bodenmann, Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz, zweifelte in einem Weltwoche-Artikel an der Version Mafia-Boss. «Mafiaboss oder doch eher unfähige Justiz?», fragte er und gab gleich selbst die Antwort: «Einige Indizien sprechen dafür, dass hier ein Flachmaler zu einem Mafia-Boss aufgeblasen wird, um im Kampf gegen das Organisierte Verbrechen polizeiliche Erfolge melden zu können». Fortunato M. kam in Auslieferungshaft nach Sitten. Suzanne besorgte ihm sofort einen Anwalt. Der richtete sie wieder etwas auf: «Ich glaube, es bestehen reelle Chancen, ihrem Mann die Auslieferung zu ersparen». Doch die rechtlichen Auseinandersetzungen dauerten an. Im Jahr 2010 lieferten Fortunato M. nach Italien aus – aufgrund nur dürftiger Indizien für die vorgeworfenen Straftaten.

Parma, 16. Juli 2016. Ein Samstag.

Zehn Jahre später Am frühen Vormittag verlässt eine Ambulanz den Hochsicherheitstrakt des Gefängnisses von Parma. Schwer bewaffnete Polizisten, begleitet von zwei Sanitätern, fahren einen Häftling zum Gericht nach Bo-

logna. Sein Name des Häftlings: Fortunato M., der «Mafia-Boss aus Brig». Er ist inzwischen gesundheitlich so stark angeschlagen, dass er das Gefängnis nur noch im Krankenwagen verlassen kann. Er leidet an zahlreichen Beschwerden. Ganz besonders zu schaffen macht ihm ein Herzleiden. Heute aber geht es nicht um sein Herz, sondern um seinen Leistenbruch. Die Richter des «Tribunale di Sorveglianza» in Bologna sollen endlich grünes Licht für einen operativen Eingriff geben. Im letzten Halbjahr haben die Richter in dieser Sache bereits vier Mal zusammengesessen, aber nie entschieden. Aus verschiedensten Gründen. Einmal ging ein Arzt-Bericht verloren, ein anderes Mal fehlte eine Unterschrift. Oder einer der Richter verlangte mehr Zeit zum Nachdenken. Und auch heute wird nun doch nicht entschieden. Gerichtspräsident Dottore Francesco Maisto verkündet, er möchte noch ein zusätzliches Gutachten einholen. Jetzt platzt Fortunato M. der Kragen. Meist macht er sich ganz klein, sagt kein Wort. Er möchte auf keinen Fall die Richter verärgern, wohl aus Angst, sie könnten danach an ihm ihre Wut abregieren. Aber heute vergisst er sich für ein Mal. Er springt auf, reisst mit beiden Händen sein Hemd auf und zeigt dem hohen Gericht seinen entblösten Bauch. Der Gerichtspräsident wendet sich wie angeekelt ab,

versteckt seine Augen hinter der linken Hand und schreit: «Was fällt ihnen ein! Machen sie sofort ihr Hemd wieder zu oder ich lasse sie aus dem Saal schaffen.» Fortunato gehorcht nicht. Ausser sich vor Zorn hält er das Hemd weit offen und schiebt seinen Bauch nach vorne, damit ihn ja jeder gut sehen kann. Fürwahr, kein schöner Anblick. Mitten auf dem Bauch: Eine riesige Geschwulst, fast so gross wie der Kopf des Gerichtspräsidenten. Und die Haut über der Geschwulst ist dunkelblauviolett gefärbt und so angespannt, dass man fürchten muss, sie werde jeden Moment platzen. Unter dem Nabel hat sich bei Fortunato vor bald zwei Jahren die Bauchleiste geöffnet, zuerst kaum sichtbar, aber inzwischen auf einer Länge von mehreren Zentimetern. Seither drücken dort die Eingeweide heraus. Um das zu verhindern, trägt Fortunato M. Tag und Nacht eine 25 cm breite elastische Bauchbinde. Heute hat er diese Binde absichtlich weggenommen, um dem Gericht zu zeigen, wie dringend eine Operation seines Leistenbruchs ist. Doch auch der etwas gruselige Zwischenfall beeindruckt den Gerichtspräsidenten wenig, trotz Ekel-Gefühl. Er schliesst kurzerhand die Sitzung. Ohne Entscheid, der wird wieder einmal auf später verschoben. Fortunato M. wird aus dem Saal geführt und mit der Ambulanz zurück ins Gefängnis von Parma gebracht.

«Patient in prekärer Zustand»

Fortunato M., der von den Medien zum «Mafia-Boss aus Brig» hochstilisiert wurde, sitzt in Italien eine elfjährige Gefängnisstrafe ab. Er war schon krank, lange bevor er in die Mühlen der italienischen Justiz geriet. Im Juli 1995 erlitt er einen ersten Herzinfarkt. Er war damals knapp 42-jährig und arbeitete als Flachmaler in der Firma seines Schwiegervaters in Brig. Auslöser des Infarktes: Eine starke Verengung eines Herzkranzgefässes. Fortunato M. musste operiert werden. Dabei implantierten ihm die Chirurgen ein Stent, eine Spiraldrahtprothese, um so eine erneute Verengung des Blutgefässes zu verhindern. Drei Jahre später erlitt Fortunato M. einen weiteren Herzinfarkt. Diesmal wurden ihm noch zwei zusätzliche Stents eingesetzt.

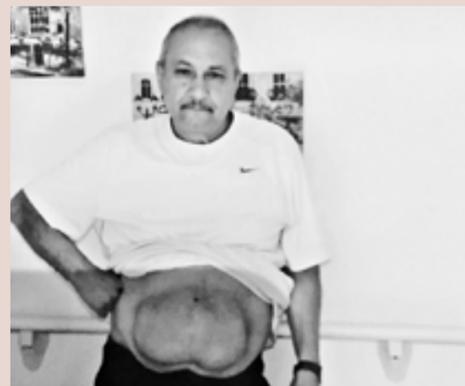
Nur ein Jahr danach, im März 2010, musste er schon wieder unters Messer. Zu der Zeit sass er im Gefängnis in Sitten und wartete auf seine Auslieferung nach Italien. Nur wenige Tage nach der Verhaftung musste er notfallmässig ins Spital gebracht werden. Eine ärztliche Untersuchung ergab: Alle drei Stents waren bis zu 90 Prozent verstopft und mussten ersetzt werden. Nach der Operation hielten die Ärzte fest: «Der Zustand des Patienten ist sehr prekär; wegen der schweren koronaren Herzkrankheit ist er intensiv beobachtungs- und behandlungsbedürftig.» Und der Kardiologe, der Fortunato M. operiert hatte, schrieb in seiner Beurteilung: «In Zukunft darf sich Fortunato M. keine starke körperliche Belastung mehr zumuten.» Und: «Es ist klar, dass jederzeit ein neuer Herzinfarkt auftreten kann, namentlich bei erhöhtem Stress.» Nur wenige Wochen nach dieser dritten Herzoperation wurde Fortunato M. noch im Jahr 2010 ausgeliefert. Zuerst kam er ins Gefängnis Opera in Mailand. Fortunato M. wusste von den katastrophalen Verhältnissen in italienischen Gefängnissen. Auch er hatte gelesen, dass Amnesty International immer wieder dagegen protestierte. Natürlich ahnte er nicht, dass er schon bald den Zuständen im Mailänder Gefängnis Opera nachtrauern würde. Zwar war auch der Knast Opera – wie praktisch alle Gefängnisse in Italien – gnadenlos überbelegt, aber hier herrschte zumindest ein einigermassen menschliches

Aktualisierung

Fortunato M. müsste dringend operiert werden, aber nichts geschieht. Die Geschwulst auf seinem Bauch ist inzwischen so gross wie der Arsch eines jungen Mannes. Mit jedem Tag wird sie grösser. Für die Entfernung eines Aneurysmas (siehe Reportage) wurde Fortunatos Bauchdecke geöffnet, zurückblieb eine 15 cm breite Wunde. Die Ärzte damals: Bis zur vollständigen Verheilung der Wunde muss sich der Patient in einem keimfreien Spitalzimmer aufhalten. Doch für die Gefängnisleitung dauerte das zu lange, sie holte Fortunato zurück in seine Zelle. Viel zu früh. Prompt kam es zu Komplikationen. Durch die nicht verheilte Bauchleiste drückten die Eingeweide nach

ausssen und legten sich zwischen Haut und Bauchwand. Und mit jedem Tag wächst der Eingeweidetasack weiter – seit bald 3 ½ Jahren. Bis heute verweigert die Gefängnisleitung eine Operation.

Doch das ist nicht alles. Fortunato ist todkrank, er hat Krebs. Im Jahre 2013 klagte er erstmals über Blasenbeschwerden; er pisste regelmässig Blut, dann kamen höllische Schmerzen hinzu. Es dauerte über ein Jahr, bis er endlich untersucht wurde. Diagnose: Krebs. Doch er wurde nicht behandelt. Erst im vergangenen Juli – fast 4 Jahre danach – erhielt er endlich eine erste Chemo-Therapie. ■



Klima: regelmässiger und grosszügiger Freigang; tagsüber wurden die Zellentüren jeweils aufgeschlossen, und die Gefangenen durften gemeinsam ihre Mahlzeiten zubereiten. Was Fortunato besonders schätzte: Der Gefängnisarzt sorgte dafür, dass er täglich seine Medikamente bekam. Auch sonst kümmerte sich der Doktor rührend um ihn, regelmässig bestellte er ihn zur Kontrolle. Bei einer solchen Routine-Untersuchung gab es eine böse Überraschung.

Ende September 2012 entdeckte der Arzt eine auffällige Veränderung der Bauchschlagader. Die Diagnose: «Verdacht auf ein Aneurysma in der Bauchorta». Übersetzt aus dem medizinischen Fachjargon: eine Ausbuchtung der Hauptschlagader im Unterleib. «Sieht nicht gut aus» brummte der Gefängnis-Dok in seinen Bart und erklärte Fortunato M.: «Genauer kann ich erst nach einer Ultraschall-Untersuchung oder einem Screening sagen. Für diese Abklärungen müssen sie in eine Klinik.» Fortunato M. schien das nicht zu beeindrucken, im Gegenteil: «Bringt Abwechslung», sagte er, «so komme ich wenigstens für ein paar Stunden raus». Der Gefängnisarzt schob ein Grinsen von einem Mundwinkel in den anderen, gab aber keine Antwort, er wollte Fortunato M. nicht Angst machen.

Zu den Mafia-Verbrechern verlegt

Zu den Untersuchungen in einer Mailänder Klinik kam es nicht. Am 10. Oktober 2012 wurde Fortunato M., ohne jede Vorwarnung, nach Parma verlegt, in die «Casa Circondariale», ein sehr spezielles Gefängnis. Die «Casa Circondariale» liegt am Stadtrand und ist eine der grössten Haftanstalten ganz Italiens; vor allem aber gilt es als eines der gefürchtetsten Gefängnisse, denn hier sind besonders viele Mafia-Verbrecher eingesperrt.

Bei seiner Einlieferung in Parma wurde Fortunato M., wie alle Neuzugänge, einer Reihe medizinischer Untersuchungen unterzogen. Dabei wurde die Aneurysma-Diagnose von Mailand bestätigt. Der Gefängnisarzt stufte den Befund für ziemlich ernsthaft ein. «Sie tragen eine tickende Zeitbombe in ihrem Bauch», warnte er Fortunato M. und versuchte ihm klar zu machen, wie bedrohlich seine Krankheit war. Die Ultraschall-Unter-

suchung zeigte: Die Hauptschlagader oder Bauchorta wies eine deutliche Ausbuchtung auf. Das Blutgefäss hatte sich erweitert, und zwar auf einer Länge von gut 5 cm und mit einem Durchmesser von etwa 3 cm. So entstand eine Art kleiner, leicht länglicher Ballon, gefüllt mit Blut.

Der Gefängnisarzt ermahnte Fortunato M., er müsse sich fortan dringend schonen und sich auch sonst strikt an seine Weisungen halten. Der Arzt sprach ein absolutes Rauchverbot aus und verschrieb zudem eine Palette Pillen gegen zu hohen Blutdruck und zu hohe Blutfettwerte. Völlig geschockt kehrte Fortunato zurück in seine Zelle. Trotz einer doppelten Dosis Schlaftabletten tat er in der folgenden Nacht kein Auge zu. Der Gefängnisarzt war offensichtlich sehr besorgt über den Gesundheitszustand von Fortunato M. In den nächsten Tagen kontrollierte er regelmässig dessen Blutwerte. Bis Ende Monat musste Fortunato nicht weniger als drei Mal ins Universitätsspital von Parma, wo er von mehreren Spezialisten untersucht wurde.

Aber der Gefängnisarzt liess seinen Patienten im Ungewissen über die Ergebnisse dieser medizinischen Tests, machte keine Angaben mehr, weder über Grösse und Gefährlichkeit des Aneurysmas, noch über die geplante Behandlung. Fortunato M. vermutete allerdings, dass er demnächst operiert werde, denn im Spital wurde er besonders lange von einem Chirurgen untersucht. In der Tat, die meisten Fachärzte sind sich einig:

Ist eine Schlagader über die Massen ausgebuchtet, muss operiert werden. Ein Aneurysma kann nicht von alleine kleiner werden. Im Gegenteil, es tendiert vielmehr dazu, sich zu vergrössern. Dann droht Lebensgefahr: Ein Hustenanfall kann reichen und die erweiterte Blutader platzt – mit fatalen Folgen für den Patienten, er droht innerlich zu verbluten.

Ärzte und Gefängnis verweigern lebenswichtige Informationen

Die Nachricht von einem Bauchorta-Aneurysma versetzte die ganze Familie in helle Aufregung. Frau Suzanne und ihre drei Töchter surfen aufgeregt durch das Internet und schreckten sich mit Horrorgeschichten über geplatze Bauchschlagadern. Suzanne, die ihren Mann jede Woche einmal besucht, verlangte sofort einen Termin beim Gefängnisarzt. In Mailand war das ohne Umstände möglich gewesen, aber im Superknast von Parma erhielt sie auf ihre Anfrage nicht einmal eine Antwort. Auch die Gefängnisdirektion weigerte sich, über die Erkrankungen ihres Mannes nähere Angaben zu machen. «Warum nur will keiner über die Krankheit meines Mannes reden», fragte sie sich. Schon die Google-Recherchen hatten sie aufhorchen lassen. Was sie aber völlig verwirrte, war eine Anweisung des Gefängnisarztes. Der nämlich hatte Fortunato M. verboten, dass er selber seine Zelle aufräume und reinigte, weil das für ihn zu anstrengend wäre. Damit Fortunato M. sich schonen konnte, putzte ab sofort

ein Mitgefangener seine Zelle. «Wie schlimm muss es um meinen Mann stehen», sagte sich Suzanne, «wenn nur schon das Reinigen der Zelle lebensbedrohlich sein kann».

Sie wollte es genau wissen. Suzanne beschloss einen Anwalt einzuschalten. Ihm müssten der Arzt und die Gefängnisbehörden bestimmt Auskunft geben, war sie überzeugt. Doch ein eigener Anwalt stellte sie vor ein ernsthaftes Problem. Sie hatte kaum genug Geld, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, wie sollte sie da teure Anwaltshonorare aufbringen. Ein entfernter Verwandter half ihr weiter, er kannte einen Anwalt in Turin, den er überredete, Fortunato M. für ein bescheidenes Honorar zu beraten. Der Turiner Anwalt schrieb den Gefängnisarzt an, aber der wollte nur antworten, falls die Gefängnisdirektion ihm dies ausdrücklich bewilligte. Doch die lehnte das ab und verwies den Anwalt an das Gericht Tribunale di Sorveglianza in Bologna. Wochen verstrichen. Die Richter nahmen sich Zeit, sehr viel Zeit. ■

Info

Dies ist der erste Teil der Artikelserie von Frank Garbely zur Krankheitsgeschichte von Fortunato M.. Sie erschien zuerst auf infosperber.ch, wo auch die weiteren zwei Teile gelesen werden können.

Teil 2: bit.ly/2vDlys2

Teil 3: bit.ly/2fKy58T



Die Casa Circondariale ist ein berühmtes Gefängnis in Italien: Hier sitzt auch Fortunato M.

Bildquelle: zvg

Dicke Eier

Einheimischer Tourismus

Für die Grossratswahlen hat die SVP Oberwallis einen ziemlich langen Forderungskatalog geschrieben mit dem sie Wahlkampf betrieb. Eines muss man der SVPO immerhin zugutehalten: Sie verzichtete fast komplett auf negative Formulierungen und schrieb in erster Linie FÜR was sie einsetzen will. Die Phrase «Gegen islamischen Fundamentalismus» musste dann natürlich aber doch noch rein. Was uns jedoch vor allem stutzig gemacht hat, war der Satz «Für einen starken einheimischen Tourismus». Ja, es ist inzwischen hinlänglich bekannt,

dass die SVP das Fremde nicht besonders mag. Aber gilt das inzwischen sogar schon für den Tourismus? Wir stellen uns die Umsetzung dieses Vorschlags in etwa so vor: Saasini und Mattini besuchen jeweils ihre Konkurrenzdestinationen und sorgen für frequentierte Skipisten und gut gefüllte Hotels. Gar nicht so schlecht der Plan. So schant man sich das Geld gleich gegenseitig zu und kann auf fremdes, ausländisches Geld verzichten. Wir freuen uns jedenfalls bereits auf diesen «einheimischen Tourismus». Was kann da schon schiefgehen? ■

Ein Buhmann aus Kalpetran

Der Abbau von Poststellen unter der Konzernleitung von Susanne Ruoff? Katastrophal! Die Migrationspolitik von Simonetta Sommaruga? Desaströs! Die Wolfspolitik von Doris Leuthard? Furchtbar! So sieht es zumindest der ehemalige Gemeindepräsident von Emd Alex Bumann in einem Leserbrief. Ob er mit seinen Einschätzungen Recht hat, überlassen wir an dieser Stelle dem gekonnten Politikverständnis unserer LeserInnen. Aber wissen Sie denn auch, warum

da so viel schiefläuft? Ja genau, es liegt natürlich auf der Hand: Alle verantwortlichen Personen sind Frauen. Denn die sollen sich laut Bumann gefälligst aufs Kindergebären und die Erziehung konzentrieren. Bisher haben wir leider noch keine Einschätzung von Alex Bumann dazu erhalten, was denn nun genau die Gründe für die katastrophale Politik von Typen wie Erdogan, Trump, Putin oder Kim Jong-Un sind. Sind das in Wahrheit etwa auch alles Frauen? ■

Ämtchensammler Cina



Bildquelle: www.vs.ch

Ja sie kann durchaus langweilig sein, diese Zeit nach dem Staatsrat. Während sie bei Oskar Freysinger relativ unfreiwillig ist, konnte Jean-Michel Cina seine regierungsfreie Zeit ein wenig besser vorbereiten. Und während Freysinger noch fleissig im Keller Däumchen dreht und sich den Anblick seiner Flaggen Sammlung zu Gemüte führt, sammelt Cina fleissig Ämtchen. Bereits im Juli 2016 wurde bekannt, dass Cina ab Mai 2016 neuer Präsident der SRG sein wird. Alleine für dieses 50-Prozent-Pensum gibt es 35'000 Franken Honorar und 18'000 Franken an Nebenleistungen. Da geht doch noch mehr dachte sich Cina. Und siehe an, seit Anfang Juni ist Cina zusätzlich Verwaltungsrats-Präsident der Walliser Elektrizitätsgesellschaft. Sein Honorar dort ist uns leider nicht bekannt. Aber immerhin kann sich Cina so voll und ganz auf die Verteidigung der Wasserzinsen konzentrieren. Ach nein, hoppla – da sind die Elektrizitätsgesellschaften ja auf der Gegenseite. ■

Favre, der Staatsrat, im hehren Vaterland

Der Schweizerpsalm, ein wundervolles Lied über Gott und Vaterland und zugleich noch eine nette Aufforderung zum Beten. Nur ein paar Miesepeter von der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft sind mit dieser Ode an das Vaterland nicht einverstanden und wollen den traditionellen Schweizerpsalm (seit 1981, Anm. d Red.) durch eine neue Hymne ersetzen. In dem neuen Text sind dann auch gleich so obszöne Begriffe wie «Friede», «Gerechtigkeit» und «Freiheit» festgehalten.

Eine Frechheit sondergleichen, passen diese doch überhaupt nicht zur Schweiz. Das dachte sich auch der frischgewählte FDP-Staatsrat Frédéric Favre und wies die Walliser GemeindepräsidentInnen darauf hin, zu achten, dass der neue Text weder gespielt, gesungen noch unterrichtet werde. Hut ab, Herr Favre. Immerhin wissen wir damit bereits von Anfang an, mit wem wir es da zu tun haben. Wir konzentrieren uns sowieso lieber auf andere Lieder. ■

1. Mai – Artikelfrei!

Der 1. Mai war für die Oberwalliser Medienschaffenden schon immer eine ziemlich langweilige Angelegenheit. Voller Neid schauten Oberwalliser JournalistInnen auf die KollegInnen in Zürich oder Berlin. Die konnten immerhin alljährlich über eine paar geworfene Steine oder brennende Autos berichten. Was sind im Vergleich dazu schon die Inhalte und Forderungen, die bei der regionalen 1.-Mai-Feier jeweils diskutiert werden? So entschied man sich dieses Jahr dazu, komplett über eine Berichterstattung der diesjährigen 1.-Mai-Feierlichkeiten im Oberwallis zu verzichten. Immerhin einen kurzen Bericht über den Besuch von Bundesrätin Simonetta Sommaruga auf einer Baustelle in Sitten gab es, das war es dann aber schon auch. Dennoch sollten sich die Oberwalliser Medien einige Fragen stellen. Selbst wenn die persönlichen Ansichten der JournalistInnen nicht mit jenen der Gewerkschaften übereinstimmen mögen, bedeutet Lokaljournalismus eben auch, dass man über Veranstaltungen berichtet, die nicht der eigenen politischen Couleur entsprechen. Eine noch stärkere Bevorzugung und Berichterstattung über einem nahestehende Parteien und Organisationen schwächt die Stellung der LokaljournalistInnen nachhaltig, denn sie verärgert einen Teil der LeserInnen, ZuhörerInnen und ZuschauerInnen. ■

Zygmunt Bauman:

Im Zeitalter der Moderne auf der Flucht

Leeds | Zygmunt Bauman war bis zum Ende seines Lebens ein überzeugter Sozialist. Er beurteilte die Qualität einer Gesellschaft danach, ob sie fähig ist, die schwächsten Mitglieder zu integrieren, damit sie ein menschenwürdiges Leben führen können. Er hat die Konsumgesellschaft, die positiven und negativen Auswirkungen der Globalisierung sowie die Flüchtlingsproblematik und ihre Ausgrenzungsmechanismen analysiert und beschrieben. Hilar Egget

Die Konsumgesellschaft

Bauman hat die wesentlichen Charakteristika der Konsumgesellschaft vor allem im Buch «Leben als Konsum» formuliert und skizziert. Er beschrieb die Konsumhaltung keinesfalls nur als eine individuelle, sondern ebenfalls als eine kollektive Tätigkeit. Sie «privatisiert sozusagen Themen, so dass sie nicht als öffentliche Anliegen wahrgenommen werden; sie individualisiert Aufgaben, so dass sie nicht als soziale erkannt werden». Nicht mehr Arbeit und Produktion gehören zu den zentralen individuellen wie kollektiven Orientierungen, sondern Freizeit und Konsum. «Das Ausmass, in dem wir einkaufen, und die Leichtigkeit, mit der wir uns eines Konsumartikels entledigen, um ihn durch einen neuen und besseren zu ersetzen, ist der Massstab für unser Sozialprestige sowie dafür, wie weit wir es im allgemeinen Wettlauf des Lebens gebracht haben».

Ausgrenzungsmechanismen durch den Markt

In einer «marktbeherrschenden Konsumgesellschaft» verändern sich auch die Ausgrenzungsmechanismen. Der Markt funktioniert auf der Grundlage des Gefälles von Einkommen und Reichtum, wobei er gewachsene, tradierte soziale Unterschiede nicht erkennt und nur nach monetären, geldverwertenden Kriterien ausgerichtet ist. Nach Bauman ist er zum Bestimmungsfaktor nicht nur für die Abwicklungen von Tauschgeschäften, sondern auch für politische und kulturelle Beziehungen geworden. Alle anderen Kriterien sozialer Differenzierung haben ihre Bedeutung verloren. Genauer schildert er die Ausgrenzungsmechanismen der Konsumgesellschaft im Buch «Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne». Darin geht er von der schlichten Beobachtung aus, dass bei der Herstellung der allermeisten Produkte Müll anfällt.

Diese schlichte Tatsache ist der Kern des Buches. Um ökologische Details geht es darin nicht. Im Mittelpunkt steht die Frage nach den Ausschlussmechanismen. Bei dem Abfall, der ihn interessiert, handelt es sich natürlich um Menschen, Aus- und Abgesonderte, die von der herrschenden Doktrin als nutzlos Verworfenen verstanden werden. Was ist nun aber Abfall und was nicht? Die Instanz, die diese Macht über die letzten 200 Jahre in erster Linie besass, war und ist der Nationalstaat. Seiner Ordnung der Zugehörigkeit fallen bis heute vor allem MigrantInnen und AsylbewerberInnen als Abfall zum Opfer. Allerdings deutet Bauman hier bereits an, dass die Macht des Staates sich eingeschränkt und verlagert hat. Das führt zur These, dass im Verlaufe der Zeit «die staatliche Souveränität an die Konsumgütermärkte» abgetreten wurde.

Der Globalisierungsmüll

Konsumgesellschaft und Globalisierung haben zu einer allumfassenden Verschärfung von Ausgrenzungsprozessen geführt. Die Produktion überflüssiger Körper, so Bauman, sei eine «direkte Folge der Globalisierung». Neben Flüchtlingen gehören aber auch andere Minderheiten zum so genannten Globalisierungsmüll. Im Gegensatz zur früher so beschriebenen «industriellen Reservearmee» wird dieser menschliche Abfall von heute nicht mehr wieder in den gesellschaftlichen Prozess eingegliedert. Vielmehr erweisen sich Aussichtslosigkeit und Ungewissheit als Konstanten des flüchtig modernen Lebens. Neue und sich ausbreitende Angst wirkt zerstörerisch auf das Vertrauen, was wiederum Auswirkungen auf die Grundlagen des Zusammenlebens hat. Als nützlich erweist sich der menschliche Müll vor allem für die politische Herrschaft. Sowohl die Rede von der «Überbevölkerung» als auch die Verknüpfung der Themen «Asyl» und «Terror» betrachtet er als ideologische Konstrukte, die vor allem ordnungs- und sicherheitspolitischen Massnahmen dienen.

Diskriminierung aufgrund der Logik der Märkte

Die Ausschlusspraktiken sieht Bauman nicht mehr in erster Linie als staatlich konzipierte, geleitete und kontrollierte an. Vielmehr fänden die wesentlichen Ausschlüsse und Diskriminierung durch die Logik der Konsumgütermärkte statt. Die Fähigkeit, sich als solvente/r KäuferIn zu präsen-

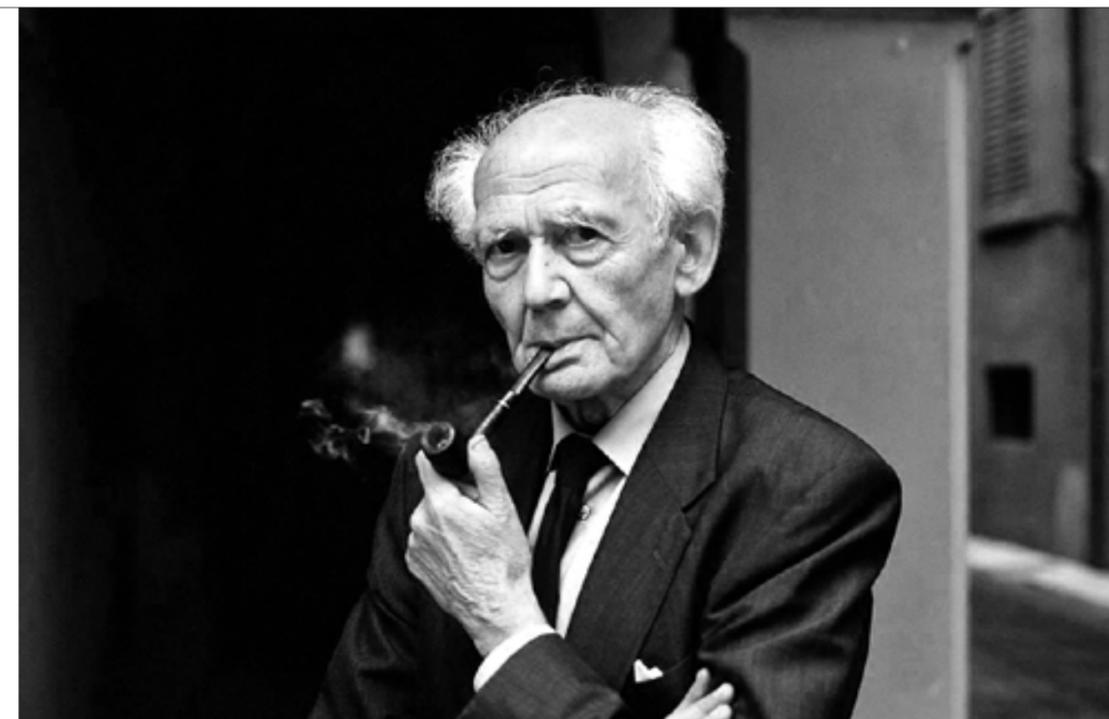
tieren ebenso wie die, sich selbst als begehrte Ware zu inszenieren, seien die Schlüsselkompetenzen der Einzelnen in den gegenwärtigen Konsumgesellschaften, deren Besitz oder Nicht-Besitz über den Ausschluss entscheide. Dabei stuft er die «Praktiken der Exklusion in der Gesellschaft von Konsumenten sehr viel strikter, strenger und unnachgiebiger ein als in der Gesellschaft von Produzenten». Bei den Letzteren habe es immer noch transparente Verfahren gegeben, wenn auch oft nur der Form nach, in denen die Ausgeschlossenen um die Annullierung ihres Ausschlusses hätten kämpfen können. Diese Schiedsinstanz sei verschwunden, der Rechtsanspruch des demokratischen Nationalstaates auf Anhörung in Sachen Ausschluss würde von den Konsumgütermärkten nicht mehr gewährt. Diese «Unwiderrufflichkeit der Exklusion» sei letztlich eine «unmittelbare, wenngleich unerwartete Folge des Zerfalls des Sozialstaats als Netz bewährter Institutionen».

Kurzlebigkeit und Flüchtigkeit

Für Bauman zeichnen sich Lebensformen und Beziehungsmuster in der Konsumgesellschaft im Wesentlichen durch ihre Kurzlebigkeit und Flüchtigkeit aus; das Leben erscheint als «endlose Kette von Neuanfängen». Wenn die Menschen darauf gedrillt werden, die Gesellschaft als Ersatzteillager wahrzunehmen, in der nutzlos oder unbrauchbar gewordene Teile einfach ausgetauscht werden, können soziale Bindungen von Bestand kaum mehr geknüpft werden. In den kurzlebigen und si-

tuationbezogenen Bindungen, die der Konsum von kulturellen Gütern auch hervorbringen kann, sieht er keine positiven Effekte. Für ihn ist «Konsumieren eine höchst einsame Aktivität». Der Einsamkeit des Konsums setzt er zum Beispiel das kommunikative Erlebnis in der Familie entgegen, die gemeinsam das Essen zubereitet und zusammen isst und sich somit in der Kooperation als Gruppe erlebt. Demgegenüber stünden die Effekte des Fast Food, die ein solches Erlebnis nicht mehr bieten würden und vielleicht auch gerade deshalb so beliebt seien. Solche auf Dauer gestellten Bindungen erscheinen ihm aber zentral für ein gutes menschliches Zusammenleben, in dem jeder als «Auslöser, Ziel und Messlatte» gegenseitig Verantwortung übernehmen soll.

Die Konsumsphäre und die Konsumpraktiken sind für ihn vor allem deshalb so interessant und bedeutungsvoll, weil in ihnen auch «Lebensformen und zwischenmenschliche Beziehungsmuster geformt werden». Es handelt sich demnach beim Konsum also nicht um der Produktion nachgeordnete oder um sozial irrelevante Bereiche und Praktiken. Er ist der Meinung, dass die Tendenz, den Konsum von Gütern ständig zu steigern und immer mehr Rohstoffe zu verbrauchen, sich kollektiv ebenso wie für das individuelle Leben seit den 1970er Jahren extrem verändert hat. Deshalb hat sich bei ihm immer mehr eine stark problematisierende, letztlich ablehnende Haltung durchgesetzt. ■



Bauman wurde stark durch seine Biographie geprägt: Mit seiner jüdischen Familie floh er aus Polan nach dem Einmarsch der Wehrmacht.

Biographisches von Bedeutung

Zygmunt Bauman Lebenswerk besteht aus über 50 Büchern und unzähligen Aufsätzen und Artikeln, die die Geschichte des 20. Jahrhunderts und ihrer intellektuellen Reflexion widerspiegeln. Bauman wurde am 19. November 1925 in Posen/Polen als Sohn nicht praktizierender, jüdischer Eltern geboren. Er floh mit seiner Familie 1939 vor den Nazis in die Sowjetunion und nahm als Mitglied der Ersten Polnischen Armee (Pierwsza Armia Wojska Polskiego) am Zweiten Weltkrieg teil. 1945 nahm er mit der Ersten Polnischen Armee an den Schlachten um Kolberg und Berlin teil. Nach dem Krieg war er jahrelang Offizier am Ministerium für öffentliche Sicherheit und Geheimagent des militärischen Nachrichtendienstes. Ab 1954 lehrte er Soziologie an der Universität von Warschau, bis er 1968 mit seiner Frau Janina, einer Überlebenden des Warschauer Ghettos, erneut vor antisemitischen Hetzkampagnen fliehen musste, die ihn seinen Lehrstuhl kosteten. Nach einem kurzen Umweg über Tel Aviv lehrte er von 1971 bis zu seiner Emeritierung 1990 Soziologie an der Universität Leeds/Grossbritannien. Baumans Bücher sind in viele Sprachen übersetzt und seine Texte sind in namhaften Zeitschriften publiziert worden. Er ist einer der meist zitierten Soziologen der Gegenwart und eine der wichtigsten Stimmen unserer Zeit. Zu den bekanntesten und erfolgreichsten Werken gehören: «Moderne und Ambivalenz» (1995); «Die Krise der Politik» (2000); «Flüchtige Moderne» (2003); «Verworfenes Leben» (2005); «Leben als Konsum» (2009). Am 9. Januar 2017 ist Bauman im Alter von 92 Jahren in Leeds gestorben. ■

Bauman zur Migrationsthematik

Wenn Menschen zu Abfall werden

In seinen Büchern und Artikeln brachte Bauman wiederholt die Flüchtlingsproblematik zur Sprache. Er meinte, dass die Flüchtlinge in die Rollen von Sündenböcken gedrängt würden, die für die einheimischen Habenichtse oder Zukunftsverängstigten dazu herhalten sollen, die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft nach unten zu treten und sie für die eigenen Probleme verantwortlich zu machen. Die eigenen Krisen und Sorgen werden auf die Flüchtlinge abgeschoben. Die leidenschaftliche Ablehnung, die ihnen entgegenschlägt, erklärte er damit, dass die Menschen in den Geflüchteten eigentlich bloss eine Verkörperung ihrer eigenen Verlust- und Zukunftsängste wahrnehmen. Die Globalisierung erzeugt eine zwiespältige Beziehung. Man reagiert, indem man die Fremden mit all dem belastet, was direkt vor der eigenen Haustür politisch fehlgeleitet ist und verdrängt wird. Dieses Verhalten nannte er «Retrotopia», was umschrieben werden kann als eine Verschmelzung aus den Begriffen «Utopie» und «retro» – also ein rückwärtsgewandter Gesellschaftsentwurf. Er enthält Baumans kürzestmögliche Diagnose für die Gegenwart: Verlässlichkeit werde heute

fast nur noch in der Vergangenheit gesucht. Wir orientieren uns nach hinten, weil wir – trotz den neuen Kommunikationsmittel – von der Zukunft wenig oder nur Schlechtes erwarten. In seinen Augen ist das fatal, nicht zuletzt weil wir uns ja trotz dieser rückwärtsgewandten Perspektiven immer weiter vorwärts bewegen. Bauman stellt fest: «Die Moderne ist von Anbeginn gekennzeichnet durch Wanderungsbewegungen zahlloser Menschen, die in den gesellschaftlichen Ordnungen ihrer Herkunftsländer nutzlos wurden und auswanderten... Heute ist der Planet bis in die letzte Ecke besetzt... Die Überflüssigen fallen aus dem Klassensystem, aus jeder gesellschaftlichen Kommunikation heraus und finden nicht wieder hinein. Das ist das Neuartige der Krise.» Für Bauman müssen zu den Flüchtlingen auch noch die Arbeitslosen gezählt werden. Er erklärt: «Auch Arbeitslose fallen aus der gesellschaftlichen Ordnung heraus: In einer Konsumgesellschaft werden sie, die nicht produzieren, als schlechte Konsumenten und als finanzielles Problem angesehen. Nur als Versorgungsfall. Das kann es ihnen schwer machen, die Regeln eines demokratischen Gemeinwesens zu respektieren.» ■

Simón Bolívar:

Vom Liberalen zum Libertador

Venezuela | Simón Bolívar war eine Hauptperson der lateinamerikanischen Unabhängigkeitsbewegung. Vor allem in Venezuela wird der Militärführer als Nationalheld gefeiert. Die Regierung um Nicolás Maduro sieht sich in der bolivarianischen Tradition. Doch wer war dieser Mann, und welche Werte des Bolivarismus versucht die Regierung Venezuelas momentan so verzweifelt zu verteidigen? Sarah Heinzmann

Der lateinamerikanische Widerstandskämpfer, der mit dem wohlklingenden Namen Simón José Antonio de la Santísima Trinidad Bolívar Palacios y Blanco beschenkt wurde, erblickte im Jahr 1783 das Licht der Welt. Aufgewachsen ist er in Caracas. Seine Eltern waren wohlhabende spanische Einwanderer, die Kakaopflanzungen und auch Sklaven besaßen.

Als eine Widerstandsjunta im Jahr 1810 die Unabhängigkeit Venezuelas verkündete, war der junge Bolívar mit von der Partie. Er wurde für diplomatische Verhandlungen nach Europa geschickt. Als Bolívar 1811 nach Caracas zurückkehrte, rief er die erste venezolanische Republik aus. Ein Jahr später wurde diese allerdings auf ein Neues von der spanischen Krone eingenommen. Bolívar floh nach Kingston, wo er eines seiner bekanntesten Schriftstücke, die Carta de Jamaica, verfasste. Er beschreibt darin die Lage der verschiedenen lateinamerikanischen Regionen und kritisiert die gewalthungrigen Spanier und Ignoranz der europäischen Mächte: «Und

das zivilisierte, Handel treibende und freiheitsliebende Europa lässt zu, dass eine alte Schlange den schönsten Teil unserer Erde zerstört, mit dem einzigen Ziel, ihre giftige Bösartigkeit zu befriedigen? Hat das Geschrei nach den eigenen Interessen Europa taub gemacht? Hat Europa keine Augen, um die Ungerechtigkeit zu sehen?»

Bolívar als Befreiungskämpfer

Als 1813 der eigentliche lateinamerikanische Befreiungskampf anging, kämpfte Simón Bolívar an vorderster Front. So wurde die zweite venezolanische Republik ausgerufen und ein Jahr später wurde auch Bogotá erobert. Bolívar wurde Präsident der Republik Grosskolumbien, die aus dem heutigen Venezuela und Kolumbien bestand. Das entzündete Feuer der Unabhängigkeit breitete sich in ganz Südamerika aus: Im Verlaufe der Jahre kamen noch das heutige Bolivien, Ecuador und Peru zu der grosskolumbianischen Republik hinzu. Bolívar war also massgeblich beteiligt an der Befreiung Lateinamerikas von der spanischen Krone.

1825 zog er sich wegen gesundheitlichen Problemen aus der Politik zurück. Er verstarb 1830 im Alter von siebenundvierzig Jahren an Tuberkulose.

Der Traum vom vereinten Lateinamerika

Bis zu seinem Tod hat Bolívar viele bedeutende Schriften verfasst. Zeit seines Lebens war Bolívar beeindruckt von der nordamerikanischen Revolution. Er sehnte sich nach den liberalen Idealen von individueller und wirtschaftlicher Freiheit. Jedoch witterte er schon damals Gefahr für die lateinamerikanische Identität durch die nordamerikanischen Nachbarn. Zudem war er ein scharfer Kritiker der Sklaverei und verurteilte die Vereinigten Staaten für ihre unmenschliche Praxis.

In der Carta de Jamaica beschrieb er seinen Wunsch nach einem vereinten Lateinamerika, das «die grösste Nation des Planeten» formen sollte. Das vereinte Lateinamerika solle zentralistisch regiert werden. Er sprach aber nicht von einer demokratischen

Ordnung, sondern von einer politischen Mischform in Platons Sinne. Auch wenn diese Vision nie Realität wurde, lebt sie in den Köpfen vieler lateinamerikanischer Linker weiter.

Vom Liberalen zum Sozialrevolutionär

Auch heute taucht der Name Bolívars häufig im lateinamerikanischen Alltag auf: In Form der venezolanischen Währung Bolívar, im Namen der Nation Bolivien, als Strasse «Calle Bolívar» in Buenos Aires, Cochabamba und Medellín oder als Provinz in Venezuela. Doch am lebendigsten lebt das Ideal Bolívars in der venezolanischen



Simón Bolívar ist in ganz Lateinamerika immer noch omnipräsent: Hier läuft in San Antonio, Venezuela, eine Frau vor einem Wandbild zu Bolívar vorbei.

Bildquelle: blogs.ft.com

Politik weiter. Hugo Chavez hat sein politisches Programm unter den Namen der schillernden Persönlichkeit Simón Bolívars gestellt. So entstand die Bewegung des Bolivarismus. Die chavistische Kampagne schaffte es dabei, aus dem Militärführer Bolívar einen sozialistischen Volkshelden zu machen. Diese Idee war sowohl einfach als auch geschickt, da jeder Venezolaner und jede Venezolanerin die Figur des «Libertador» aus dem Geschichtsunterricht kannte. So wurde Bolívar ein Symbol für die venezolanische Unabhängigkeit von der US-Politik und gegen die wirtschaftliche Liberalisierung des Landes. Der

liberale Revolutionär wurde zum Idol der sozialen Revolution.

Der venezolanische Bolivarismus

Die sozialistische Bewegung initiierte den Begriff der bolivarianischen Revolution, beziehungsweise des Bolivarismus. Der Bolivarismus ist eine Form des linken Populismus, der sich vor allem antikapitalistisch und anti-amerikanisch zeigt. Beeinflusst wurde die Denkströmung nicht nur vom Namensgeber Simón Bolívar, sie wurde auch von anderen südamerikanischen Revolutionären oder marxistischen Theoretikern geprägt.

Der Begriff der bolivarianischen Revolution wird vor allem im Kontext der venezolanischen Politik ab 1999 gebraucht. Durch die Wahl Hugo Chavez' wurde eine neue Ära im Geburtsland Simón Bolívars eingeläutet. Die Amtszeit Chavez' wurde von Boykotten der Opposition, Putschversuchen und Unsicherheit geprägt. Jedoch bestätigte ihn die venezolanische Bevölkerung ganze fünf Mal als Staatsoberhaupt. Unter Chavez wurden viele Wirtschaftszweige verstaatlicht, wie beispielsweise die Telekommunikation, die Stahlindustrie und die Stromversorgung. Furore gab es aber vor allem um die Verstaatlichung der

grossen nationalen Erdölvorkommen im Jahr 2007.

Nach dem Tod Hugo Chavez' übernahm der damalige Vizepräsident Nicolás Maduro das Amt des Staatspräsidenten. Seit dem Tod des charismatischen Anführers sinkt Venezuela immer tiefer in die Krise. Vor allem seit den Parlamentswahlen im Dezember 2015, bei denen die rechtsgerichtete Opposition die Mehrheit der Sitze für sich gewann, hat sich die politische Lage weiter destabilisiert. Die unterschiedlichen politischen Gewalten machen in Machtkämpfen ihre Ansprüche geltend. Die Opposition will Maduro loswerden – dieser wehrt sich vehement dagegen und regiert seit Anfang 2016 mittels Notstandsgesetz. Seit April droht die Lage zu eskalieren. Der Oberste Gerichtshof gab bekannt, der legislativen Nationalversammlung die Immunität zu entziehen und selber die gesetzgebende Funktion zu übernehmen. Dieses Urteil wurde zwar zurückgezogen, trotzdem wird der Regierung ein Staatsstreich vorgeworfen. Tägliche Proteste und exzessive Gewalt von beiden Seiten prägen seither das mediale Bild.

Maduro hat am 1. Mai bekanntgegeben, eine neue verfassungsgebende Instanz von der Bevölkerung aufstellen zu lassen. Durch eine breite Inklusion der unteren sozialen Schichten soll die neue Verfassung demokratisch legitimiert sein und den bolivarianischen Prozess vorangetrieben werden. Ob dieses Mittel genügen wird, um den dringend notwendigen Frieden wiederherzustellen, bleibt jedoch fraglich, da die Opposition die Wahlen boykottieren will. ■

Interview

Interview mit Stalin Pérez Borges, Beirat der bolivarianischen sozialistischen Arbeiterinnen- und Arbeiterhauptstelle (CBST) und politischer Aktivist.

Welche sozialen Gruppierungen formen die aktuelle Opposition?

Die bürgerliche Opposition formiert sich rund um die sogenannte Mesa de la Unidad Democrática (MUD), die aus mehr als zwanzig politischen Organisationen besteht. Auch zwei rechtsradikale Gruppierungen, die Primero Justicia (PJ) und die Voluntad Popular (VP) sind in der MUD vertreten. Mit den Sozialdemokraten (AD und UNT), die vierzig Jahre lang an der Macht waren, sind auch

Kräfte der vergangenen Regierungen vertreten.

Ein Zitat von Simón Bolívar lautet: «Flüchtet aus einem Land, in dem ein Einzelner alle Macht ausübt; es ist ein Land der Sklaven.» Maduros Regierung wird international für seine angebliche Machtansammlung kritisiert. Was meinst du dazu?

Ich bin mit Bolívars Ausspruch einverstanden. Aber es ist eine Lüge, dass in Venezuela eine Person allein, in diesem Fall der Präsident der Republik, alle Macht auf sich vereint. Genau dies zeigen die aktuellen Ereignisse. Es ist so, dass das, was in Venezuela geschieht, in der Welt völlig verkehrt dargestellt wird.

Was hat sich in den letzten Monaten denn abgespielt? Die rechten Parteien gewannen 2015 die Mehrheit in der Nationalversammlung (Asamblea Nacional, AN), die legislative Gewalt (was zeigt, dass Maduro nicht alle Gewalt im Staat in seinen Händen hält). Seitdem versucht die Rechte ihn mit allen Mitteln zu stürzen. Die Rechte wählte den Vorsitzenden der Acción Democrática (AD) für ein Jahr zum Präsidenten der Nationalversammlung (AN), während 40 Jahren regierte diese Partei das Land abwechselnd mit der Partei (Copei), und das erste, was der Präsident der Nationalversammlung sagte, war: «Maduro tritt in einem halben Jahr ab oder wir setzen ihn ab». Alles was die Natio-

nalversammlung (AN) seither gemacht hat, tat sie, um dieses Ziel zu erreichen. Nach über einem Jahr legte die Regierung Maduros eine Beschwerde beim Obersten Gerichtshof (TSJ) ein. Die Beschwerde forderte vom Gerichtshof, die Rechte der Nationalversammlung zu beschränken und dem Gericht selbst die so entzogenen Rechte zu übertragen. Der Oberste Gerichtshof fasste zwei Beschlüsse zu Gunsten der Beschwerde der Regierung. Aber die Generalstaatsanwaltschaft des Landes stellte diese Entscheidung in Frage, worauf der Oberste Gerichtshof zurückruderte und seine Beschlüsse für ungültig erklärte. Als die Exekutive Beschwerde beim Obersten Gerichtshof einlegte, sagte

die Opposition sofort, dass dies ein Staatsstreich sei. Aber die Nationalversammlung konnte weiterarbeiten. Danach kam der Entscheid und die Berichtigung durch den Obersten Gerichtshof und immer noch versicherten sie der ganzen Welt, dass es in Venezuela einen Staatsstreich gebe und somit eine Diktatur herrsche. Nun schlägt die Regierung die Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung vor und nun sagt die Opposition, dass die Regierung einen Putsch von oben anzettelt.

In einer deiner Publikationen aus dem Jahr 2016 sagst du: «In unseren Händen und in den Händen der ganzen

Bevölkerung ist die einzige Möglichkeit, die bolivarianische Revolution weiterzuführen.» Wie stehst du heute dazu?

Ja, das habe ich gesagt, und dem stimme ich immer noch zu. Chavez und Maduro konnten in fast zwanzigjähriger Regierungszeit nicht alle wichtigen Probleme der breiten Bevölkerung lösen, auch wenn es einige soziale Fortschritte gab. Das grosse Problem ist aber, dass wir immer noch in einem kapitalistischen Staat leben. Unsere Regierung, die sich mit dem bolivarianischen Prozess identifiziert, hat es nicht geschafft, die Korruption und die Untauglichkeit der staatlichen Bürokratie zu bekämpfen. Es liegt nun in den Händen der ArbeiterInnen und der

Bevölkerung, diese Kämpfe zu führen und zu gewinnen, um den bolivarianischen Prozess weiterzuführen. Nur so kann der demokratische Sozialismus gestärkt werden.

Bolívar war ein Liberaler. Weshalb hat sich eine linke Bewegung in die Tradition Bolívars gestellt?

Bolívar war ein Liberaler, aber noch viel mehr ein Libertador (Befreier). Kein anderer hat dies in einer so kurzen Lebenszeit auf diese Art und Weise bewiesen. Fünf Nationen hat er aus der spanischen Unterjochung befreit. Karl Marx verglich Bolívar mit Bonaparte – darin irrte er sich aber. Der eine besetzte Länder, der andere befreite sie.

Dies sind Gründe genug, warum die lateinamerikanische Linke sich Bolívar als Idol nimmt. Bolívar träumte von einem vereinten lateinamerikanischen Kontinent. Zudem war es auch Bolívar, der Aufsehen erregte mit folgender Aussage: «Es scheint, als sei es das Ziel der Vereinigten Staaten, die restlichen amerikanischen Länder im Namen der Freiheit mit Elend zu überschütten».

Welche Perspektive siehst du heute für Venezuela?

Jetzt bleibt nichts Weiteres übrig als guter Hoffnung zu bleiben, die bolivarianische Revolution zu vertiefen und den demokratischen Sozialismus auszuweiten. ■

Ein anderer Blickwinkel:

Mit Kaffeetassen gegen die Drogenkriminalität



David Gundi ist Sozialarbeiter.

Ein Adler mit weit gespannten Flügeln im Sturzflug, die Klauen zum Angriff gespreizt, den Blick fokussiert auf sein Ziel, sich stürzend auf eine Kobra – diese wiederum neckisch abwartend, die Nackenhaut gespannt, bereit ihre Giftzähne dem Raubvogel ins Fleisch zu schlagen. Diese Szenerie, gezeichnet vor einem heraldisch anmutenden Hintergrund in rot-weiss, davor Sterne – bezugnehmend auf das Wallis...

Es sind dies nicht die Insignien eines lokal ansässigen Sport- oder Kulturvereins. Es handelt sich hierbei um das Emblem der Section Stupefians (Abteilung Betäubungsmittel) – der Drogenfahndung der Kantonspolizei Wallis.

In der oben erwähnten Allegorie mag vermutlich der Adler für diese Einheit stehen. Die Schlange, das sind vermutlich die Drogendealer, eigentlich logisch: Droge – Giftzähne, muss irgendwie zusammenpassen. Die Section Stupefians hatte im letzten Jahr Jubiläum und feierte ihren vierzigsten Geburtstag. In «Police», der Mitarbeiterzeitschrift der Kantonspolizei, hat man ihr deshalb ein zehnteiliges Spezial gewidmet, in welchem, etwa ähnlich pathetisch wie das Emblem der Einheit, dieselbe beschrieben wird. Richtigerweise wird erkannt, dass der Kampf gegen Drogen nicht erst seit gestern existiert. Immerhin werden Drogen und Rauschmittel seit mehr als 3000 Jahren von der Menschheit konsumiert und schon seit jeher gibt es Bestrebungen, diesen Konsum einzudämmen. Bereits Napoleon hatte seine liebe Mühe mit haschenden Soldaten. Per Dekret liess er dessen Konsum verbieten – ein bekiffter fanatischer Moslem soll im Drogenrausch auf seinen Konvoi geschossen haben, als dieser gerade in Alexandrien einmarschierte. Aufgrund dessen liess er vermutlich das Dekret ausstellen.

Die «Gheimu», wie sie in ihrer Geschichte auch genannt wurden, die Agenten waren und sind oftmals in Zivil getarnt unterwegs, um nicht erkannt zu werden. Sie verfolgten nicht nur den Konsum und den Handel von Drogen. Indirekt, wenn vielleicht auch nur unterbewusst, bekämpfte man auch alternative Lebensentwürfe und Formen. So ist es nicht erstaunlich, dass die Kinder vom Mai 1968 in dem Artikel einen eigenen Abschnitt mit Anekdote bekommen. Das Gerental (bei Oberwald) wurde von zwei Agenten gefilzt. Drogen fand man keine... Den «Gheimen» und Gendarmen ging es letztendlich auch darum, die Jugend von den Einflüssen der Hippie-Bewegung zu schützen. Aber trotz vierzig Jahren Fortschritt

scheint man dort irgendwo noch, beim Althergebrachten, beim Gestrigen stehengeblieben zu sein. Den gesellschaftlichen Entwicklungen zum Trotz.

Als es vor gut fünfzehn Jahren, in Bern, Thun und Spiez noch Geschäfte gab, welche hochpotentes THC-Cannabis über den Ladentisch verkauften und der gesellschaftliche Diskurs je länger je mehr zum Ergebnis kam, dass man wohl doch nicht um eine Legalisierung von Cannabis als Rauschmittel herumkommen würde, wurden jugendliche PendlerInnen, StudentInnen und BerufsschulbesucherInnen zugewagenweise gefilzt (Die RA berichtet).

Der gesellschaftliche Wandel hat vor dem Wallis noch nie einen Halt gemacht und so auch die Tatsache, dass der Konsum von Cannabis länger je mehr als Bagatelle angesehen wird. Die gesetzgebende Gewalt auf eidgenössischer Ebene hat verfügt und beschlossen, dass der Konsum von Cannabis als Ordnungswidrigkeit geahndet wird. Dies gilt jedoch nur für jene, welche beim Kiffen quasi inflagranti auf frischer Tat ertappt wird. Kleine Mengen in der Tasche bleiben dahingehend straffrei.

Eigentlich, überall in der Schweiz nur nicht hier im Wallis. StaatsanwältInnen, PolizistInnen und RichterInnen haben sich gegen den grünen Geist im Zigarettenpapier verschworen. Wissend, dass es einfacher ist, auf die Kleinen zu treten. Weil die Grossen zu glitschig und zu bissig sind. Dabei wüssten sie doch genau, dass diese Art von Politik und Prohibition eben genau den grossen Fischen und Kobras dient. Denn es ist die Prohibition, die Kriminalisierung der Drogen, welche der organisierten Drogenkriminalität horrende Margen ermöglicht und so Drogenkriege und Tausende von Toten mitfinanziert.

Der Kampf gegen die Drogen mit den herkömmlichen Mitteln wurde verloren. Dies erkannte auch der Präsident der Global Commission on Drug Policy, der Friedensnobelpreisträger Kofi Annan. Die einzige, wirksame und effektive Lösung, der Lage Herr zu werden, Drogenkriege und Schwarzmarkt verstiegen zu lassen, ist es die Drogen zu legalisieren.

Die Section Stupefians liess sich eigens zu ihrem Jubiläum Kaffeetassen mit ihrem Emblem anfertigen. Wer so eine Tasse erwerben und die Section Stupefians bei ihrem Kampf gegen die Drogenkriminalität unterstützen will, soll sich am besten beim Kommando der Kantonspolizei in Sitten melden, mit dem Vermerk «Kaffeetasse Section Stupefians». ■

Buchtipps:

Taksim ist überall – Die Gezi-Bewegung und die Zukunft der Türkei



Autor: Deniz Yücel
Titel: Taksim ist überall – Die Gezi-Bewegung und die Zukunft der Türkei
Verlag: Edition Nautilus
ISBN: 978-3-96054-046-5
Preis: 21.90 Franken

Selten gab es so gewichtige Gründe, ein drei Jahre altes Sachbuch in neuer Auflage herauszubringen und zu verbreiten wie bei diesem Titel von Deniz Yücel. Der Autor mit Jahrgang 1973 sitzt bedauerlicherweise seit mehr als 150 Tagen in türkischen Gefängnissen. Yücel hat sowohl die türkische als auch die deutsche Staatsbürgerschaft. Präsident Erdogan und seine Schergen werfen Yücel Terrorpropaganda und Spionage vor. Yücel ist als Journalist einer der Türkei korrespondenten schlechthin. Seine ersten Berichte erschienen bei der Berliner Jungle World, danach wechselte er zur TAZ und schlussendlich landete er bei der Welt. Die Welt gewährte Yücel erstaunlich viele Freiheiten, um seinen unverkennbaren Stil auch in einer Zeitung der Axel-Springer-Presse zu publizieren. Ihm gelang es in dieser komplexen Phase den Überblick zu behalten und mit erfrischenden und ehrlichen Berichten, den LeserInnen im deutschsprachigen Raum die Vorgänge verständlich aufzubereiten. Sein bereits 2014 erschienen Buch zu den Gezi-Protesten liegt seit April 2017 in neuer Auflage vor. Die Flugschrift aus dem Nautilus Verlag liest sich wie ein Roman durch die Tage der Gezipark-Besetzung. Yücel lässt kein Spektrum der heterogenen Bewegung aus. Geschichtliche Aspekte der Türkei schliessen sich in aktuelle Ereignisse und Bewegungen ein. Die GesprächspartnerInnen könnten vielfältiger nicht sein. Das Buch bietet daher einen unglaublich tiefen Einblick in die unterschiedlichen Bewegungen der Türkei vor der totalen Machtübernahme durch Präsident Erdogan. Mehr als einzelne Vorzeichen über die düstere Zukunft lassen sich aber bereits im Buch von Yücel erahnen. Dieser und vor allem seine Gesprächspartner kritisieren durchwegs die schleichende und geplante Machtübernahme der AKP-Partei um Erdogan. Nichtsdestotrotz ist das Buch ein wunderbarer Einblick in die Stadt Istanbul und die vielfältige Bevölkerung. Fernab von Reiseführern und touristischen Touren gelingt es Yücel, Einblicke in bekannte und unbekannte Viertel mit ihren BewohnerInnen zu erhalten. Michael Näpfl

Veranstaltungen:

In der Roten Anneliese erscheinen regelmässig ausgewählte Veranstaltungstipps für Jung und Alt. Möchten auch Sie Ihre Veranstaltung hier abgedruckt sehen? Dann schreiben Sie uns an rote.anneliese@rhone.ch mit dem Vermerk «Veranstaltung».

Stockalperschloss, Brig

27. Oberwalliser Filmtage

- jeweils um 20.45 Uhr
- 19.08.2017 La Vache
 - 20.08.2017 Manchester by the Sea
 - 21.08.2017 Frantz
 - 22.08.2017 Welcome to Norway
 - 23.08.2017 Hell or High Water
 - 24.08.2017 Hidden Figures
 - 25.08.2017 Ma vie de Courgette – Mein Leben als Zucchini
 - 26.08.2017 La La Land



Bühne Mörel, Mörel



19., 20., 26. und 27. August 2017
 02. und 03. September 2017

Peer Gynt

Peer Gynt nimmt Sie mit auf eine spannende theatrale Reise nach Grenchen in den Landschaftspark Binnental. Lassen Sie sich von Peers Verrücktheiten verführen, geniessen Sie mit ihm zusammen ein feines Abendessen und ein gutes Glas Wein, erleben Sie Walliser Persönlichkeiten in Peers Sinn und begleiten Sie ihn bei seiner schicksalhaften Heimkehr im Theatersaal Mörel.

Im World Nature Forum, Naters

ECHO – Eine Kulturreihe

27. September 2017, 19.00 Uhr
Die Alpen von unten und von innen Ein moderner Blick auf die geologische Entstehung der Alpen mit Dr. Jürg Meyer, Geolog und dipl. Bergführer

27. September 2017, 20.30 Uhr
Treppen zum Himmel Film von Stefanie Ammann, 2016, 37 Min. Kleiner Acker, grosse Hoffnung – Film von Roland Müller ca. 1950, 28 Min. mit Musik von Jean Daetwyler

28. September 2017, 19.00 Uhr
The Silent Climber Film mit der Boulderlegende John Gill von Pat Ament 1976, 10 Min.,

The Vision Pat Ament 1980, 22 Min.

28. September 2017, 20.30 Uhr
Filme über Klettereien in England und im Wallis live vertont Sheffield Climbers – William Gordon Gregory 1946, 28 Min., Begleitung Jonas Ruppen, Klavier

La face Nord du Petit Clocher du Portalet Michel Darbellay 1970, 34. Min., Begleitung Manuel Lobmeier, Handorgel

29. September 2017, 19.00 Uhr
Ausserberg und sein Wasser Lesung und Filmprojektion mit Heinz Noti

29. September 2017, 20.30 Uhr
Panorama Musik Akustische Aussichten Konzert mit Jonas Imhof (Schlagzeug) und Donat Fisch (Saxophon)

30. September 2017, 19.00 Uhr
Naters Filmdokumente von Leander Biffiger Kommentiert von German Eyer und musikalisch begleitet von Ephraim Salzmann

30. September 2017, 20.30 Uhr
John Tyndall Naturwissenschaftler und Bergpionier Performative Lesung von und mit Stefanie Ammann begleitet von Luciana Brusa

ROTE ANNELIESE

Die kritische Stimme des Oberwallis

Die RA abonnieren – oder verschenken

Name/Vorname _____
 Strasse _____
 PLZ/Ort _____
 E-Mail _____
 Telefon _____

Geschenk-ABO an:
 Name/Vorname _____
 Strasse _____
 PLZ/Ort _____

- Talon bitte ausschneiden und senden an:
 Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis
- oder per E-Mail an:
rote.anneliese@rhone.ch
www.roteanneliese.ch
- Ich bestelle ein RA-ABO für 50 Franken.
 - Ich bestelle ein RA-Unterstützungs-ABO für 100 Franken.
 - Ich verschenke ein RA-ABO für 50 Franken (Rechnung an mich).
 - Ich bestelle ein Jugendabo zum halben Preis von 25 Franken.
 - Ich bestelle ein Online-RA-ABO für 50 Franken.

Als noch Idylle herrschte:
Die Bühne im Stockalper-
park am Freitagabend.



Eidgenössisches Jodlerfest:

Die Grossen profitierten – die Kleinen litten

Brig-Glis | Es hätte so schön werden können, das Eidgenössische Jodlerfest in Brig-Glis. Doch für viele StandbetreiberInnen endete es in einem Fiasko. Der Unmut darüber ist entsprechend gross. Derweil sahten andere wohl ordentlich ab. Martin Germann

Das Eidgenössische Jodlerfest in Brig war kaum Geschichte, da hörte man bereits die ersten kritischen Stimmen seitens der StandbetreiberInnen. Obwohl die angestrebte Zahl von 150'000 BesucherInnen laut dem Organisationsteam wohl erreicht wurde, erwies sich die das Fest nicht als die von vielen erhoffte Goldgrube. Einige StandbetreiberInnen schrieben gar rote Zahlen.

Ein Kritikpunkt der seitens der StandbetreiberInnen immer wieder erwähnt wird, ist die Miete der sogenannten Jodlerhütten, die auf dem gesamten Festgelände verteilt waren. Die Miete für diese betrug unisono 3'500 Franken. Ein Beitrag, den die OrganisatorInnen im Nachhinein auch im Walliser Bote verteidigten und als angemessen betrachteten. Mag dieser Mietpreis für eine Jodlerhütte mitten im Festgelände noch angemessen sein, sieht es ein wenig abseits des grossen Rummels ganz anders aus. So gab es etwa auch Jodlerhütten in Naters, dort fanden jedoch bloss einzelne Vorträge statt. Entsprechend waren diese Jodlerhütten schlechter frequentiert, der Mietpreis blieb derselbe.

Bestellvorgaben seitens Zulieferer

Auch die Growa kommt bei den StandbetreiberInnen schlecht weg. Mehrere bestätigten der Roten Anneliese unabhängig voneinander, dass ihnen seitens der Growa gewisse Mindestbestellmengen vorgeschrieben wurden. Die Firma Prodega, zu welcher die Growa gehört, weist diesen Vorwurf jedoch von sich. Gegenüber der Roten Anneliese schreibt die Medienchefin des Unternehmens, Christine Strahm-Marti: «Die Standbetreiber waren für die Bestellmengen selbst verantwortlich. Es gab von unserer Seite weder Vorgaben oder Mindestbestell-

mengen.» Eine Aussage, die aufgrund der vorliegenden Fakten wohl angezweifelt werden muss.

Für die BetreiberInnen von Festhütten hatten die Bestellvorgaben deutliche Folgen. Da die Growa, aufgrund der Lebensmittelverordnung, Produkte wie Fleischerzeugnisse oder Tiefkühlprodukte nicht zurücknehmen konnte, blieben sie teilweise auf der Hälfte der bestellten Produkte sitzen. Das bedeutete für viele gleichzeitig auch ein grosser finanzieller Verlust. Obwohl die Schlussabrechnung vielerorts noch nicht gemacht ist, steht bereits fest, dass viele StandbetreiberInnen Verlust gemacht haben, einige schaffen es wohl nur knapp in die schwarzen Zahlen. Entsprechend auch der Unmut über das Organisationskomitee. Viele fühlen sich im Stich gelassen, sie sehen ihre Erwartungen an das OK keineswegs erfüllt.

Die grossen Profiteure

Neben den VerlierInnen gibt es häufig auch GewinnerInnen. So auch in diesem Fall. Entsprechend lohnt es sich, diese ein wenig genauer zu betrachten. So ist etwa Growa/Prodega ein Teil der Transgourmet Holding. Und ebenjene Transgourmet Holding gehört zur Coop-Gruppe. Wenig überraschend also, dass Coop gleichzeitig auch einer der Hauptsponsoren des Eidgenössischen Jodlerfests in Brig war. Neben Coop waren unter anderem Provins und Feldschlösschen Hauptsponsoren des Jodlerfests, beides aktive Zulieferer der StandbetreiberInnen. Sponsoring bedeutet damit gleichzeitig auch, dass sich die Firmen ihre Monopolstellung sichern. Und wo ein Monopol erst einmal vorhanden ist, lassen sich Preise einfacher diktieren und Gewinne einfacher einfahren. Den Preis dafür zahlten einmal mehr die Kleinen. ■

AZB

CH-3900 Brig-Glis

DIEPOST

ROTE ANNELIESE

AZB CH-3900 BRIG-GLIS | NR. 242 | AUGUST 2017

Adressänderungen bitte melden bei:

Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis oder
per E-Mail an: rote.anneliese@rhone.ch